

**463 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP**

## Bericht

### des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

**über den Antrag der Abgeordneten Wille, Dr. Neisser, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschülerschaftsgesetz 1973 geändert wird (77/A)**

Die Abgeordneten Wille, Dr. Neisser und Dr. Frischenschlager haben in der Sitzung des Nationalrates am 7. Oktober 1980 den obgenannten Initiativantrag, der dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zugewiesen wurde, eingebracht. Diesem Gesetzesantrag liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Gemäß § 15 des Hochschülerschaftsgesetzes beträgt die Funktionsperiode aller Organe der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) zwei Jahre.

Diese vergleichsweise äußerst kurze Funktionsperiode von Organen der Österreichischen Hochschülerschaft kann jedoch dazu führen, daß Wiederholungswahlen notwendig machende Entscheidungen erst gegen Ende der Funktionsperiode oder sogar erst danach in Rechtswirksamkeit erwachsen.

Durch die vorgeschlagene Bestimmung soll in Zukunft erreicht werden, daß innerhalb der letzten fünf Monate einer Funktionsperiode durchzuführende Wiederholungswahlen mit den jeweils nächsten Hochschülerschaftswahlen gemäß § 15 Abs. 1 zusammenzulegen sind. In ihrem Wesen handelt es sich bei dieser Bestimmung um eine Verlängerung der bisher bestandenenden zweimonatigen

Frage Frist zur Durchführung von Wiederholungswahlen unter Berücksichtigung der bereits bestehenden fristenhemmenden Zeiten um weitere zwei Monate.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat diesen Initiativantrag in seiner Sitzung am 8. Oktober 1980 in Verhandlung gezogen. Als Berichterstatter im Ausschuß fungierte Abgeordneter Dr. Neisser.

Nach Wortmeldungen der Abgeordneten Doktor Neisser, Dr. Frischenschlager, Dr. Nowotny, Dr. Blenk, DDr. Maderner, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Dr. Ermacora und des Ausschußobmannes Abgeordneten Wille sowie des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg wurde der im Antrag 77/A enthaltene Gesetzentwurf in der begedruckten Fassung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Im Zuge seiner Beratungen stellte der Ausschuß einstimmig fest, daß die vorgeschlagene Novellierung des ÖH-Gesetzes sowohl dem demokratischen Prinzip unserer Rechtsordnung sowie auch dem Gleichheitsgebot des Art. 7 B-VG sowie Art. 2 StGG entspricht.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1980 10 08

**Dr. Ettmayer**  
Berichterstatler

**Wille**  
Obmann

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXXXX  
XXXX, mit dem das Hochschülerschaftsge-  
setz 1973 geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I**

Das Bundesgesetz vom 20. Juni 1973, BGBl. Nr. 309, Hochschülerschaftsgesetz 1973, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 2. März 1978, BGBl. Nr. 141, wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 9 sind folgende Sätze anzufügen:  
„Bei der Berechnung von Fristen ist ein Monat mit 30 Tagen zu berechnen. Wird die die Wiederholung einer Wahl notwendig machende Entscheidung nicht im Semester der aufgehobenen Wahl oder in den beiden folgenden Semestern rechtswirksam, so sind die zu wiederholenden Wahlen als Wahlen gemäß Abs. 1 durchzuführen. Solchen Wahlen liegen die zur aufgehobenen

Wahl zuzulassenden Wahlvorschläge zugrunde, soweit diese nicht spätestens am 9. Tage vor der Wahl zurückgezogen werden. Die Einbringung und Zulassung von Wahlvorschlägen gemäß § 16 ist zulässig. Wird ein Wahlvorschlag gemäß § 16 zugelassen, so gilt ein von der jeweiligen wahlwerbenden Gruppe bei den aufgehobenen Wahlen eingebrachter Wahlvorschlag als zurückgezogen. Die Bestimmungen dieses Absatzes sind sinngemäß auch auf Kandidaturen bei Personenwahlen anzuwenden.“

**Artikel II**

(1) Dieses Bundesgesetz ist auf die bei seinem Inkrafttreten zu wiederholenden Hochschülerschaftswahlen anzuwenden.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betraut.